

Pfund
Condensirte Milch
Bosch's Kinderernahrung
Breschauer Malzextrakt
Bosch's Feinmalz

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang.

Curt Heinsius Hgl. Hofl.
Dresden-N., Kurfürstenstr.
Ecke Trossastrasse, Fernspr.-A. II, 2100.
Wasserschloß
Thürschliesser.
Mit doppelter Luftunterstützung.
Gewaltloses Schliessen schalllos.

Telegr.-Adresse:
Nachrichten, Dresden.

Closets & Badeartikel
in großer Auswahl billigst!
Friedrich Gappisch
Fabrikanten
Dresden-A. Marienstr. 11.
gegenüber 3 Kabin.
Fabrik: Elbendammplatz.

C. Heinrich Barthel
Putz- und
Neueste Modewarenhaus Modelle
Eigene Filzhutfabrik
Waisenhausstr. 30, Fernspr. I, 3390.

Alle technischen Waaren von
Gummi Asbest
Dichtungen, Stopfbüchsen-Packungen, Schläuche, Walsen, Klappen,
Wasserstandsgläser, Oelst
liefert sofort
Gummifabrik Reinhardt Leupold, Dresden-A., Weißwassertel. 233

Zacherlin
Diese staunenswerth wirkende Insekten-Vertilgungs-Spezialität ist in Flaschen überall zu haben, wo Zacherlin-Plakate ausgehängt sind.

Dresdner Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse 1-3 (Hofgebäude).

Nr. 255. Spiegel: Dreifüniges Wahlprogramm. Hofnachrichten. Landtagswahlen. Theater-Vorstellungen, Manöver, Buchdruckerinnungsstatutenliste. „Faisst“ I. **Dienstag, 14. September 1897.**

Politisches.

Wer gut schmeckt, der gut sieht: so denkt der Koffelentker des „unentwegten“ Freisinn, Herr Eugen Richter, und kommt deshalb jetzt mit einem Wahlprogramm heraus, das dem gegenwärtig in Nürnberg versammelten Parteitag zur Beratung und Beschlussfassung vorliegt. Unter normalen Verhältnissen wäre ein derartiges neugeborenes Kind der freisinnig-volksparteilichen Politik freilich kaum der Mühe werth, daß man es aus den Windeln wickelt und es genauer auf seine Lebensfähigkeit prüft. Schien doch der Lauf der letzten Jahre männiglich den Beweis zu liefern, daß der bürgerliche Radikalismus mit seinem hohen Manchesterthum und seinen kaum unerschöpfbaren politischen Freiheitsideen allen Boden im Volke verloren habe und daß er eigentlich nur noch als ein Wespenhaufen in Verborgenem blühe. Höchstens konnte man unter diesen Umständen die gelegentlichen Pronunciamentos des radikalen Freisinn als interessanter Beitrag für die Befriedigung des Themas verwerten, wie das vollstehende Denken unter dem fortgesetzten Einfluß eines kräftigsten Nörglers vom Schlage des großen Generalgewaltigen allmählich petrefakt wird. Neuerdings droht aber in das bereits zu neuem Zerfallen verfallene Gebilde der freisinnigen Volkspartei wieder ein wenig mehr Leben zu kommen infolge der verheißenen Behandlungswelle, die unser staatslicher Gesamtorganismus von Seiten der Regierung erfahren hat. Die durch die Fehler von oben her erzeugte augenblickliche Schwäche unseres nationalen Körpers begünstigt es, daß die Vampire des Radikalismus wieder mit erneuter Hoffnung ihr Auge auf ihn werfen und der Hoffnung leben, ihm einen Theil seines Blutes bei den nächsten Wahlen auslaugen zu können. In dieser Erwartung begegnen sich die freisinnigen Volksparteiler mit der Sozialdemokratie und den Ultramontanen, und das Programm, das Herr Eugen Richter jetzt für seine Getreuen und solche, die es werden sollen, entworfen hat, läßt bereits in einer gewissen Abschwächung des sonstigen politonmäßigen Tones die Aussichten erkennen, die der freisinnige Führer für das nächste Jahr auf einen größeren Umschwung baut.

Politische Gimpel müssen es freilich sein, die auf den von Herrn Richter hingewiesenen Leim gehen. Wohin man auch immer greifen und sich eine Forderung aus dem neuen Wahlprogramm herausheben mag, man wird stets nur auf Nebenarten von abwechselnder Allgemeinheit treffen, die zum Theil kompromittiert den Zweck verfolgen, den wahren Charakter des freisinnigen Radikalismus zu verbergen. So wird z. B. geordert Aufhebung aller Bestimmungen im Börsengesetz, die das Großkapital begünstigen und die natürliche Preisgestaltung, insbesondere zum Schaden der Landwirtschaft erschweren. Ei der Tausend! Man möchte ja kaum seinen Augen trauen, wenn man so etwas in einem Richter'schen Wahlprogramm liest. Also die im Richter wollen in Zukunft eine landwirtschaftsrechtliche Politik treiben und die Ackerkrume des deutschen Bauers wieder ertragreich machen helfen. Pardon, ihr Herren! Wer bisher mit unbedeutender Oartnädigkeit im reinen Manchesterthum gemacht und die Landwirtschaft als eine quantitativ mögliche behandelt, ihr nicht einmal die allernothwendigste Lebensluft gegönnt und durch sein ganzes Verhalten unabweislich bewiesen hat, daß er für den nationalen Werth der Scholle auch nicht das geringste Verständnis besitzt, der kann unmöglich verlangen, daß ihm eine blühende grundstützende Sinnesänderung bloß auf Grund einer platonischen Zusicherung in einem Wahlprogramm auf's Wort geglaubt werde. Unsere Bauern werden daher zu dem jähren Stimmungswandel des Freisinn in landwirtschaftlichen Fragen bloß pfiffig lächeln und im Stillen denken: „Wer's glaubt, bezahle einen Thaler.“ Die wahre Genügnung des Freisinn gegenüber der Landwirtschaft kommt übrigens in verhällter Form auch an anderer Stelle zum Ausdruck, indem es heißt, daß „keine Volkspolitik im Dienste von Sonderinteressen“ getrieben werden soll. Wer den freisinnigen Jargon einigermaßen versteht, wird über die tiefere Bedeutung dieser Worte nicht einen Augenblick im Zweifel sein. Noch verständlicher wird jene Forderung durch das weitere Verlangen, daß die Bölle nach Abgabe der Ueberschüsse im Reichshaushalt ermäßigt werden sollen. Das heißt mit anderen Worten, daß auch die Getreidebölle gegebenfalls lediglich mit Rücksicht auf die effektiven Ueberschüsse eines Etatsjahres, eventuell also unter den sonst ungünstigsten Verhältnissen für die Landwirtschaft eine Verminderung erfahren müßten. Davon abgesehen, würde die Verwirklichung dieser neuen Richter'schen Finanzidee eine solche Unsicherheit auf dem Gebiete des Handels und Wandels überhaupt erzeugen, daß nur die polizeimäßige geistige Unselbstständigkeit mit der Herr Richter bei seinen Anhängern zu rechnen pflegt, das Hinübersehen eines so plumpen Adressat erklärlich macht. Daß Herr Richter im Uebrigen, soweit das finanzielle Gebiet in Frage kommt, auch eine Konzession für die unveränderliche Vertheilung der von allen Bundesstaaten gleichmäßig lästig empfundenen Matriculabestände macht, daß bei ihm, dem alle Verhältnisse ausschließlich unter dem Gesichtswinkel der parteipolitischen Agitation erscheinen, nicht Wunder nehmen. Die Matriculabestände sind für einen Politiker der Richter'schen Art unentbehrlich, damit die Bundesstaaten durch die unangenehme Furcht vor einer Erhöhung der direkten Steuern unter parlamentarischen Verhüllungen gehalten werden können.

Verchiedene soziale Anlässe enthält das freisinnige Wahlprogramm dieses Mal ebenfalls, sie sind aber auch darnach. Gewissermaßen als Motto wird hier der Satz vorangestellt: „Förderung der Volkswohlfahrt auf Grund der bestehenden Gesellschaftsordnung.“ Das ist ein in seiner Allgemeinheit ebenso nichtsfördernder Schnickschnack wie in der nordamerikanischen Verfassung der Artikel, der von dem „pursuit of happiness“, dem angeblichen Rechte jedes „freien Amerikaners“ handelt, ungehindert von Anderen nach der „liberalen Glückseligkeit“ zu streben. Trotz dieses schönen „Prinzip“ schiebt man aber im „freien America“ wehrlose Arbeiter ohne alle Veranlassung zu Tausenden wie wilde Thiere über den Haufen. Was sollte wohl aus der deutschen Volkswohlfahrt werden, wenn ihre Wahrung den freisinnigen Manchesterherren in die Hände gegeben würde? Wie es die Herren mit dem angeblich erstrebten Schutze der bestehenden Gesellschaftsordnung vereinigen können, die „Sicherheit und Verallgemeinerung der Koalitionsfreiheit“ zu verlangen und zwar, wie die weiteren Zusätze zeigen, ausschließlich zu Gunsten der Arbeitnehmer, ohne daß der Nothwendigkeit des Schutzes von Arbeitnehmern und Arbeitgeber gegen den sozialrevolutionären Streikeradikalismus auch nur andeutungsweise gedacht wird, das ist ihr Geheimniß, ebenso wie die Parole „Gewerbetätigkeit“ im Stande sein soll, den Interessen des „Mittelstands“ zu dienen. Es offenbart sich darin dasselbe politische Gemüthsmentheum wie in dem Rufe nach reichsgerichtlicher Regelung des Vereins- und Beschäftigungsrechts auf „freiheitlicher“ Grundlage. Sonst dürfte zur Charakterisierung des Programms noch der Passus „Entlastung des Reiches in der Kolonialpolitik“ hervorgehoben sein. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß Herr Richter sich damit nur euphemistisch ausdrückt. In Wirklichkeit würde er am liebsten sehen, daß von Seiten des Reiches überhaupt eine Entäußerung aller Kolonien stattfinde. Der Kuriosität halber mag endlich auch noch erwähnt werden, daß unter dem Abschnitt, der die militärischen Programmpunkte behandelt, der Satz Platz gefunden hat: „Ausrottung des Duells für alle Klassen der Bevölkerung.“ Wie denkt sich Herr Richter die praktische Ausführung dieser Forderung? Falls er nichts Besseres in petto hat, würden wir ihm vorschlagen, den Erlaß des folgenden Reichsgesetzes zu beantragen: § 1. Das Duell wird im ganzen Deutschen Reich vom 1. Januar 1898 an ausgerottet. § 2. Niemand wird mit der Ausführung dieses Dekrets beauftragt. Staat machen kann der volksparteiliche Freisinn mit seinem Sammelrathum von verworrenen Nebenarten, denen er den stolzen Namen eines politischen Programms gegeben hat, in keiner Weise. Es ist ein recht jedes Nachwerk, das Herr Richter da zusammengestoppelt hat, so fabelhaft, daß der freisinnige Diktator am Ende bereits zu der Einsicht gelangt ist, wie wenig gut es thut, wenn Einer, der sonst seine Force im Durchhauen von Paraden hat, mit einem Mal sich auf das Schlagen von Finten verlegt. Je weniger aber das neue volksparteiliche Programm des Herrn Richter Anspruch auf politische Beachtung hat, um so schärfer tritt die Verantwortung einer Lage hervor, die selbst bei so ganz unzulänglichen Agitationsmitteln eine gewisse Verschiebung des Stimmenverhältnisses zu Gunsten auch dieses am wenigsten lebensfähigen Theils des Individualismus befragen läßt. Das mag für die nationalen Parteien ein erneuter Ansporn sein, auch ihrerseits rechtzeitig den Kampf mit wirksamen Waffen aufzunehmen, damit die hohen nationalen Güter, die wir gegen den ultramontan-sozialdemokratisch-freisinnigen Ansturm zu verteidigen haben, unversehrt aus dem Streite hervorgehen. Gewiß, die Unzufriedenheit greift tief und sie hat zum Theil leider nur zu berechtigte Ursachen. Jeder nationalgefahrene Mann aber wird sich sagen, daß es das Reich vom Regen in die Traufe bringen heißt, wenn man eine Besserung bei denen sucht, die für das Wesen und die Aufgaben einer wahrhaft nationalen Politik durchaus kein Verständnis haben. In diesem Sinne muß kräftig und unermüdet auf die Wählerchaft eingewirkt werden. Durchgreifender Wandel kann nur geschaffen werden durch die nationalen Ordnungsparteien selbst, wenn diese sich im Kampfe wider die antinationalen Dreier mit dem Banner der nationalen Einheit scharen, allen gegenseitigen Haber begraben und im Geiste Bismarck's den Segnern in's Angesicht die Lösung ertönen lassen: „Wie laut und schrill Cu'r's Schlachtruf geßt. — Viel lauter idnt un're Fanfare. — Wir führen den Bundschuh im Wappensfeld — Und die siegenden Kaiserare.“

Fernschreibs und Fernsprech-Berichte vom 13. September.

Berlin. Zur Kaiserkrönung verlaute von unterrichteter Seite, Fürst Hohenlohe habe sich hauptsächlich mit der Absicht getragen, sein Amt niederzulegen, habe aber auf den Einfluß anderer Mitglieder der Regierung sich bewegen lassen, wenigstens bis zum Schluß der Legislaturperiode zu bleiben. — Dem Prinzen Kollonitz zu Kajan, Generalleutnant à la suite der Armee, ist der Charakter als General der Infanterie, dem Landjäger Alexis von Selen-Philippstein-Vorfeld, Generalleutnant à la suite der Armee, der Charakter als General der Kavallerie verliehen worden; Prinz Heinrich XVII. Reuß, Generalmajor und Kommandeur der 17. Kavallerie-Brigade (Großherzog, Mecklenburgische), ist unter Beibehaltung des Ranges eines Divisions-Kommandeurs zum Generalleutnant befördert, dem Prinzen Wilhelm von Sachsen-Weimar, Rittmeister à la suite der Armee, ist der Charakter als Major und dem Prinzen Friedrich Karl von Hessen, Rittmeister à la suite der Armee, ein Patent seiner Charge verliehen, Fürst zu Walder und Byrmon, Oberleutnant à la suite des Infanterie-Regiments „u. d. H.“ W. Preussisches Nr. 83, ist unter Verleihung

à la suite des 3. Garde-Mann-Regiments zum Ober des 3. Bataillons des erstwähnten Regiments ernannt worden. — Zur Ueberschneidungsfrage wird authentisch mitgeteilt, daß die preussische Staatsregierung sich der Verantwortlichkeit wohl bewußt sei, selbst einzugreifen, wo die Nothwendigkeit vorliege. Vorläufig seien jedoch seitens der Provinzialbehörden keine neuen Anforderungen an die Staatsregierung gestellt worden. Ermittlungen seien unter Berücksichtigung der Erfahrungen anderer Länder eingeleitet, um festzustellen, was zu thun sei, um für die Zukunft ähnlichen Naturereignissen vorzubeugen. — Zur Verhütung der Einschleppung der Pest ist die Einfuhr von Lebewägen, alten getragenen Kleidungsstücken sowie Hüten und Lumpen zur See aus den Häfen des Rothen Meeres, ausschließlich der Häfen des Suezkanals, aus Persien, dem Felslande, Vorderindien, Formosa, Hongkong und China einschließlich des N. Breitenabandes durch kaiserliche Verordnung bis auf Weiteres verboten worden. — Der Großherzog von Sachsen-Weimar, welcher nach Beendigung seiner Badefahrt in Thiede heute auf der Wartburg eintrifft, begibt sich in den nächsten Wochen zunächst nach Weimar, später nach Weimar. — Auf der Welt des „Vulkan“ in Setrin findet am Mittwoch der Stapellauf des ersten der für die chinesische Regierung im Bau begriffenen Kreuzer statt. — Aus Südwestafrika wird dem „Hamb. Corr.“ gemeldet, daß sich das Koch'sche Serum als vortrefflich erwiesen und daß Stabsarzt Dr. Kolbst die Impfung in ausgezeichneter Weise organisiert hat. So sei es gelungen, daß man nicht nur in den Stationen einen großen Theil der Kinder habe retten können, sondern es sei auch gelungen, bei den Pereros noch ein gutes Theil der Deeren zu retten. Von einem drohenden Ausbrüche der Pereros weiß man an maßgebender Stelle nichts, auch von einer angeblichen Verletzung der Schutztruppe ist keine Rede. — Der sozialdemokratische Parteitag der Provinz Brandenburg beschloß gestern, die Aufhebung des Kölner Beschlusses, welcher die Wahlenthaltung bei den preussischen Landtagswahlen zur Pflicht macht, beim Hamburger Parteitag zu beantragen; doch soll vorgeschlagen werden, nur solchen Kandidaten bürgerlicher Parteien bei den Landtagswahlen, an denen sich die Sozialdemokratie als Partei betheilt, die Stimme zu geben, die eintreten 1. für Einführung des allgemeinen gleichen geheimen Wahlrechts auch für den Landtag, 2. für Beilegung aller vorparlamentarischen, die freie Ausübung des Vereins- und Versammlungs- und Koalitionsrechts beschränkenden Bestimmungen, 3. für Beilegung der Befugnisse und ähnlicher Ausnahmestimmungen gegen ländliche Arbeiter. — In der ganzen zweiten Hälfte des September wird die deutsche Flotte auch in den maroccanischen Gewässern durch das Schulschiff „Rire“ insofern der andauernden Gewaltthätigkeiten der Alkiziraten vertreten sein.

Berlin. Die Vermählung des Kronprinzen Christian von Dänemark mit der Herzogin Alexandrine von Mecklenburg-Schwerin ist jetzt für April nächsten Jahres festgesetzt worden. **Köln.** Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Konstantinopel: Die Verhandlungen stehen heute wieder einmal so, daß die wesentlichen Schwierigkeiten behoben sind, die bisher der Einigung der Vorkonferenz entgegenstanden. Da nur die Erledigung nebenamtlicher und formeller Fragen aussteht, so kann man der Unterzeichnung des Friedensprotokolls, falls nicht von irgend einer Seite neue unerwartete Schwierigkeiten entstehen, in absehbarer Zeit entgegengehen. — Die „Köln. Ztg.“ erzählt aus Darmstädter Quelle, daß der Großherzog dem Kaiser von Rufstand auf der sogenannten Hohenlohe eine große Fläche zur Verfügung gestellt habe, auf welcher der Kaiser auf eigene Kosten eine orthodexe Kapelle zu bauen beabsichtige, mit deren Bau im nächsten Frühjahr begonnen werden solle. **Wilhelmshaven.** Die Herbstübungsflotte ist heute Nachmittag, von der Ostsee kommend, auf der hiesigen Rade eingetroffen. **Karlsruhe.** Heute traten die Teilnehmer an dem hier tagenden Kongreß der Gewerbetreibenden-Vorstände Deutschlands mit den Oberbürgermeistern und Magistratsmitgliedern einer Anzahl größerer Städte Deutschlands, die zur Beilegung der gemeinsamen Beilegung der Pariser Weltausstellung im Jahre 1900 ebenfalls heute hier tagen, zu einer allgemeinen Arbeitsschweizer Konferenz zusammen. **Darmstadt.** Die „Darmstädter Ztg.“ veröffentlicht ein kaiserliches Handschreiben, in welchem der Kaiser dem Großherzog von Hessen seinen aufrichtigen Dank für das lebhaft und warme Interesse an den Herbstübungen ausdrückt. Der Kaiser hat ferner in dem Schreiben der hiesigen Division seine Anerkennung für die vortreffliche Haltung und die vorzüglichen Leistungen, sowie dem Lande seinen Dank für den warmen Empfang und die entgegenkommende Aufnahme der Truppen ausgesprochen. **Sprottau.** Ober- und Quapp sind aneinander und beginnen die Uferlandschaften zu überfluthen. Der Betrieb der industriellen Etablissements ist eingestell. **Breslau.** Der Streik auf der Höhe „Mogroße“ nimmt größere Dimensionen an. Die Ausständigen eröffneten auf die bei Tage arbeitenden Bergleute ein Steinbombardement. Die Polizei stellte die Ruhe wieder her. Auch 30 Mann der „Gefenengrube“ verzweigten die Einfahrt. Die Beilegung der „Gefenengrube“ nahm dagegen die Arbeit bedingungslos wieder auf. Auf der Eisenerzgrube zu Biesla bei Georgenberg streiken 400 Bergleute; sie fordern Lohnerhöhung. **Wetzlar (Oberschleien).** Nach amtlichen Mittheilungen sind in vergangener Woche 106 neue Tuberkuloseerkrankungen festgestellt worden; 4 Fälle verliefen tödtlich. In verschiedenen Orten sind neuerdings versteinerte Tuberkuloseerkrankungen vorgekommen, die hauptsächlich aus Weihen eingeschleppt wurden. **Konitz.** Die Nacht 11 Uhr von Wäffow föllige Post wurde bei einem Ueberschneidungsbrand und der Postion erschlagen. **Wien.** Den schwierigsten Punkt der Friedensverhandlungen bildet gegenwärtig die Frage wegen der Garantie Griechenlands bez. der aufzunehmenden Anleihe. So lange diese Frage ungelöst ist, erscheint der Friedensschluß unmöglich. Edgar Vincent tonversierte heute besorgen mit den Vertretern der Länderbank und anderer Finanz-Institute. **Wien.** Wie aus Petersburg gemeldet wird, stimmten die Mächte dem Antrage der Admiralie, die Flotte von Kreta vor der Durchführung der Autonomie aufzuheben, nicht zu, da dies den Ausbruch neuer Unruhen auf Kreta nach sich ziehen könnte, auch würden ebenfalls griechische Ueberschneidungen einen Handstreich gegen die Insel unternehmen. Die Mächte beschloßen daher, die Flotte bis zur Durchführung der Autonomie voll anrecht zu erhalten. **Madrid.** Die Königin-Regentin genehmigte das neue Anarchistengesetz, welches dem Cortes sofort nach ihrem Zusammentritt vorgelegt werden soll.

Triumph-Seife
für Toilette
mit Feuchthalt